

Eutin/Lübeck , 24.10.2017

Hilfsfonds übergab Zuwendungen an Polizisten

- 21 verletzte Beamte in Eutin nach G-20-Einsatz
- Polizeiobermeisterin nach körperlichen Attacken in Lübeck

Eutin. Der Vorsitzende des Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e.V. Klaus Schlie (Landtagspräsident) und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Oliver Malchow haben bei der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung auf Hubertushöhe Zuwendungen an die 21 beim G 20-Einsatz verletzten Polizeibeamten übergeben.



Gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte die Bild-Zeitung nach dem G-20-Einsatz Anfang Juli in Hamburg zur Solidarität mit den bei diesem Einsatz verletzten Polizeibeamtinnen und –beamten aufgerufen.

Die 21 in Schleswig-Holstein verletzten Beamten erhielten nunmehr einen Reisegutschein im Wert von 600 €, 2 DB-Tickets 1. Klasse sowie ein Digital-Abo für BILD. Die Vorsitzenden des HUPF und der GdP-Bundesvorsitzende übergaben diese Zuwendungen in Gegenwart von Michael Wilksen, dem Chef der PD AFB, sowie Thomas Mertin von der GdP-Regionalgruppe an eine Abordnung der Beamtinnen und Beamten. Die schleswig-holsteinische Polizei sei in den Tagen des G 20 im besonderen Maße gefordert gewesen. „Das, was sie dort geleistet haben, nötigt mir allerhöchsten Respekt ab“, lobte Klaus Schlie die Einsatzkräfte. Die Anforderungen seien sowohl in körperlicher als auch psychischer Hinsicht außergewöhnlich gewesen. „Und das was Ihnen beim G 20 in Hamburg entgegen gebracht worden ist, war Aggression und blanker



Hass, das hatte nichts mehr mit dem Demonstrationsrecht zu tun“, sagte Klaus Schlie zu den gewaltsamen Attacken auf Polizeibeamte. So etwas habe er nicht

für möglich gehalten, so der HUPF-Vorsitzende. Die Zuwendung über den Hilfsfonds sei ein besonderes Zeichen der Anerkennung durch die Zivilgesellschaft. Klaus Schlie dankte der GdP, auf deren Initiative der Hilfs- und Unterstützungsfonds vor mehr als 15 Jahren ins Leben gerufen worden war. Wie Oliver Malchow würdigte auch Klaus Schlie die Idee der BILD-Zeitung zu dieser Aktion für die in Hamburg verletzten Polizistinnen und Polizisten.

Der GdP-Bundesvorsitzende zeigte sich beeindruckt vom Auftreten der Einsatzkräfte. „Die große Einsatzbereitschaft und das professionelle Vorgehen der schleswig-holsteinischen Polizeikräfte beim G 20 war bemerkenswert“, so Oliver Malchow. Der Einsatz in Hamburg habe aber auch erneut die erfolgreichen Bemühungen der GdP um einen speziellen Straftatbestand deutlich vor Augen geführt. Die Verurteilung und mit zwei Jahren und sieben Monaten hohe Strafe gegen einen gewaltbereiten Autonomen sei vor allem in dem neuen Tatbestand des § 114 StGB (...“tätlicher Angriff auf einen Polizeibeamten“) begründet gewesen. Klaus Schlie lobte die GdP für ihre Beharrlichkeit bei den Bemühungen um einen Sondertatbestand. Er habe diese Forderung und die Entschlossenheit der GdP immer unterstützt. Im Namen der Beamten und der PD AFB dankte Michael Wilksen (Foto) dem Hilfsfonds und der GdP für die außergewöhnliche Aktion.



Zudem richtete Wilksen Worte der Anerkennung an Klaus Schlie. „Es ist beeindruckend, dass Sie als Landtagspräsident dem HUPF als Vorsitzender ein Gesicht geben“, sagte der Leitenden Polizeidirektor.

Lübeck. Eine weitere Zuwendung durch den Vorsitzenden Klaus Schlie wurde im Behördenhaus an Polizeiobermeisterin Tanja G. übergeben. Die Polizeiobermeisterin wurde am 30. April 2017 auf offener Straße bei einer

Gewahrsamsnahme von einer völlig unbekleidet und offensichtlich hilflosen 48-jährigen Frau körperlich so attackiert, dass sie sich einen komplizierten Armbruch zuzog und



nahezu ein halbes Jahr dienstunfähig war.

Die 25-jährige Schutzpolizistin erlitt bei der einer Gewahrsamsnahme durch wilde Schläge und Tritte einen komplizierten Armbruch. Dennoch zeigt sie sich mit Blick auf ihre damalige Angreiferin nachsichtig. "Die Frau war ja schließlich psychisch erkrankt", so Tanja G. gegenüber dem HUPF-Vorsitzenden. Sie erhielt für sich und ihren Partner einen achttägigen Aufenthalt für eine Kur- und Betreuungsmaßnahme in Oberstdorf/Bayern.

Für die Leitung der
Polizeidirektion

Lübeck dankte

Polizeirat Jürgen

Oelbeck (Foto l.) dem

Hilfsfonds mit Klaus

Schlie an der Spitze.

„Es ist toll, dass es

den HUPF gibt und



Sie ihm vorstehen“, würdigte Oelbeck den karitativen Verein und Schlie persönlich. Mit Sorge werde die auffällige Zunahme von Gewalt gegen Polizisten im Bereich der Polizeidirektion beobachtet. Unter Federführung von kompetenten Mitarbeitern aus dem LKA gebe es Bemühungen, unter wissenschaftlicher Begleitung der Ursache auf den Grund zu gehen und dem Phänomen zu begegnen, berichtete Jürgen Oelbeck.

Nach Erkenntnissen der GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein sind im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit körperlichen oder verbalen Attacken gegen die Ordnungshüter in Lübeck und Ostholstein 355 Strafanzeigen registriert worden. Laut aktueller Statistik hätten 64 Beamte dabei zum Teil schwere Verletzungen davon getragen. „Das ist alarmierend“, so der Regionalgruppenvorsitzende Jörn Löwenstrom.

Text und Fotos: Thomas Gründemann

Mehr Infos zum Hilfsfonds auf Seite 6

Der Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e.V. ist eine gemeinnützige Einrichtung, die es sich seit dem Jahre 2001 zur Aufgabe gemacht hat, im Dienst schwer verletzten oder gar getöteten Polizeibeamten bzw. deren Angehörigen und Familien in ihrer schwierigen Situation mit einer Zuwendung, die den speziellen Verhältnissen angemessen ist, unter die Arme zu greifen.

Der Hilfs- und Unterstützungsfonds der Polizei hat seit Bestehen in über 100 Fällen bei Polizeibeamtinnen und -beamten, die bei Einsätzen Opfer von gewalttätigen Angriffen wurden und sich dabei schwere Verletzungen zugezogen hatten, Unterstützung durch Zuwendungen geleistet. Dabei wurden Zuwendungen in Höhe von ca. 170.000 € ausgekehrt. Der Vorsitzende des Hilfs- und Unterstützungsfonds der Polizei Klaus Schlie: "Wir sind uns darüber im Klaren, dass diese Unterstützung weder eine Verarbeitung der Erlebnisse, noch eine Wiedergutmachung darstellen kann. Sie ist aber ein Zeichen gesellschaftlicher Solidarität."

Von den rund 23.000 eingesetzten Polizeibeamten sind bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen beim G-20-Gipfeltreffen in Hamburg über 500 Beamtinnen und Beamte verletzt worden. Aber auch der allgemeine polizeiliche Alltag birgt immer wieder Gefahren: 2016 gab es in Schleswig-Holstein 1.268 Fälle von Widerstandshandlungen und Gewaltdelikte, in denen 441 Beamtinnen und Beamte verletzt wurden. Das bedeutet, dass es durchschnittlich jeden Tag in Schleswig-Holstein mehr als drei Übergriffe gegeben hat. Die Vorfälle ereigneten sich im überwiegenden Teil bei dem "normalen" Polizeidienst wie Präsenzstreifen, Familienstreitigkeiten, aber auch bei Festnahmen und Durchsuchungen.

Der Hilfsfonds arbeitet rein ehrenamtlich; Vorstandsmitglieder sind Landtagspräsident Klaus Schlie, Minister a.D. Lothar Hay, Minister Dr. Bernd Buchholz, Uwe Müller, früherer Polizeidirektor im Landespolizeiamt und Karl-Hermann Rehr, Landesgeschäftsführer der GdP Schleswig-Holstein a.D.

Der Hilfsfonds verfügt ausschließlich über Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die sich der Arbeit der Polizei verpflichtet fühlen.

Die Kontoverbindung des Hilfs- und Unterstützungsfonds lautet:

PSD Bank Kiel eG; IBAN: DE47 2109 0900 2902 9836 00; BIC: GENODEF1P11

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.,
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,
eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp.de, 24. Oktober 2017